

Midlum auf Föhr, 11. Juli 2012

Pressemitteilung

Insel- und Halligkonferenz verfolgt die CCS-Speicherung weiterhin kritisch

Die Insel- und Halligkonferenz (IHKo) begrüßt die Einigung zum CCS-Gesetz und setzt bei der Einhaltung der Länderklausel auf die neue Landesregierung. Diese hat angekündigt, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, um die CCS-Lagerung in Schleswig-Holstein zu verhindern.

„Wir werden die weitere Entwicklung sowie die Haltung der neuen Landesregierung weiterhin kritisch beobachten und die Landesregierung beim Wort nehmen“ kündigt Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der IHKo an. Die Insel- und Halligkonferenz hat sich bereits in der Vergangenheit für ein Verbot der CO₂-Speicherung eingesetzt, um eine direkte oder indirekte Gefährdung des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer und des Biosphärengebietes sowie der dort lebenden Menschen und erholungssuchenden Gäste und des Grundwassers auszuschließen. Das Gesetz kommt dieser Forderung entgegen. Fraglich bleibt, wie der Bund mit in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) verfahren wird. Daher ist die Arbeit für die IHKo noch nicht abgeschlossen und sie wird die zukünftige Entwicklung begleiten.

Wie auch der Landrat und der nordfriesische Kreistag hat die Insel- und Halligkonferenz Bedenken an der Speichertechnik – die Risiken sind noch nicht ausreichend erforscht. Die Einlagerung von CO₂ in diesem sensiblen Ökosystem hat den Charakter eines großangelegten Pilotprojektes zur Erforschung der Technik. Zugleich weist Jungclaus darauf hin, dass die Speichertechnik alleine nicht ausreichend ist, um den CO₂-Problematik in den Griff zu bekommen. Es müssen verstärkt alternative Wege gegangen werden, um den CO₂-Ausstoss zu vermeiden.

Weitere Informationen:

Jürgen Jungclaus, Tel. 0171- 3686633

oder

Insel- und Halligkonferenz

Natalie Eckelt, Tel. 0151 - 50670488